

was  
will  
die

KARL VON VOGELSANG-  
INSTITUT WIEN  
TIVOLIGASSE 73

V2043

ÖVP

V - 2043

Klagenfurter  
Manifest  
1965

KARL VON VOGELSSANG-  
INSTITUT WIEN  
TIVOLIGASSE 73

V 2042

Klagenfurter  
Manifest  
1965

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖVP-Bundespropagandareferat. —  
Für den Inhalt verantwortlich: Helmut Gartner, alle Wien I, Körntner Straße  
Nr. 51. — Druck: Druckerei und Verlag Erwin Metten Betriebsgesell-  
schaft m. b. H., Wien IX, Canisiusgasse 8—10.

Am 8. April 1965 wurde durch den außerordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei das Klagenfurter Manifest in seiner jetzigen Fassung beschlossen. Dieser programmatische Leitfaden unterscheidet sich von den programmatischen Leitsätzen der früheren Jahre vor allem durch den Umstand, daß ihm eine breite Diskussion in allen Gliederungen der Partei vorausgegangen war. Von der neuen Fassung des Klagenfurter Manifests darf aus diesem Grunde behauptet werden, daß sie den Willensausdruck aller Bevölkerungsschichten bildet, die sich zur Österreichischen Volkspartei bekennen.

Allein im Rahmen der Fragebogenaktion sind viele hundert Antworten eingegangen, aus denen deutlich hervorging, mit welchem Ernst sich Funktionäre und Parteimitglieder mit den programmatischen Grundlagen der Volkspartei auseinandergesetzt haben. Nimmt man noch dazu, daß die erste Fassung des Klagenfurter Manifests auch zahlreichen anderen Organisationen zur Stellungnahme übermittelt wurde, dann läßt sich feststellen, daß sich an der ersten Programmdiskussion der Volkspartei auf breiter Grundlage Zehntausende beteiligt haben. Im Sinne innerparteilicher Demokratie erscheint das Ergebnis

dieser umfassenden Diskussion in der jetzigen Form des Klagenfurter Manifests berücksichtigt.

Das interessanteste Fazit der Diskussion bestand jedoch darin, daß sie in markanter Weise die geistige Geschlossenheit der Österreichischen Volkspartei in Erscheinung treten ließ. So vielfältig nämlich auch die Anregungen waren, die aus der Diskussion gekommen waren und so sehr in einzelnen Fällen auch Kritik geübt wurde, so wenig sind dabei die geistigen Grundlagen in Frage gestellt worden, von denen im Klagenfurter Manifest ausgegangen wird. Während jede ideologische Diskussion in der SPÖ tiefreichende geistige Gegensätze zutage treten läßt, hatte die Diskussion des Klagenfurter Manifests die geistige Einheit der Österreichischen Volkspartei dokumentiert, von der alle Gruppen der Partei umfaßt werden. Wenn daher hier das Klagenfurter Manifest der Öffentlichkeit übergeben wird, so kann es in dem Bewußtsein geschehen, daß die politischen Aussagen dieser programmatischen Grundsatzklärung von allen Mitgliedern der Partei vertreten werden. Es ist die Aufgabe dieser Broschüre, nunmehr alle Funktionäre und Mitglieder der Österreichischen Volkspartei mit den politischen Grundpositionen der Partei vertraut zu machen, damit sie von diesen in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wirkungsvoll Gebrauch machen können.

### **Das Klagenfurter Manifest**

Die Österreichische Volkspartei ist die politische Vereinigung aller Österreicher und Österreicherinnen, die sich zur Ordnung der Gesellschaft auf der Grundlage der solidarischen Verbundenheit aller Bevölkerungsschichten bekennen. Ihr Ziel ist es, dem Menschen, der für sie Träger unveräußerlicher Rechte ist, die Möglichkeit der freien Entfaltung seiner Kräfte in Unterordnung unter das Gemeinwohl zu geben. Ohne sich an eine Konfession zu binden, läßt sich die ÖVP vom christlichen, familienhaften Menschen- und Gesellschaftsbild mit seinen zeitlos gültigen Werten der Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit leiten. Als vaterlandsbewußte Partei fühlt sie sich jenen Kulturgütern und Lebensformen verpflichtet, die Österreich im Laufe seiner Geschichte hervorgebracht hat.

### **Österreich – Vaterland in Europa**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu Österreich.

Für die Österreichische Volkspartei ist der Begriff Österreich mit einer jahrhundertlangen Geschichte untrennbar verbunden. Zugleich mit dem wiedererstandenen Öster-

reich im Jahre 1945 gegründet, war die Österreichische Volkspartei 1955 an der Wiederherstellung der vollen Freiheit des österreichischen Staates maßgeblich beteiligt. Sie ist entschlossen, die Unabhängigkeit, Unteilbarkeit und Unverletzlichkeit der Republik Österreich mit allen Mitteln zu gewährleisten. Die Österreichische Volkspartei tritt daher für eine wirksame Landesverteidigung ein. Sie erblickt in der militärischen Neutralität Österreichs die sicherste Garantie für die Bewahrung der Eigenständigkeit. Die Neutralität kommt erneut der Brückenfunktion zugute, die Österreich in der Vergangenheit stets ausgeübt hat und auch in Zukunft zu erfüllen bereit ist. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Verpflichtung Österreichs, zum Frieden und zur Wohlfahrt in der ganzen Welt nach Kräften beizutragen und in den verschiedenen internationalen Organisationen mitzuarbeiten. Die Zukunft Österreichs als lebensfähiger und neutraler Staat muß auch im Rahmen der wirtschaftlichen Einheit Europas sichergestellt werden. Für die Österreichische Volkspartei ist die Wahrung der Gesamtinteressen des österreichischen Volkes oberstes nationales Gebot.

#### **Demokratie — die Regierungsform der Freiheit**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Demokratie.

Sie versteht unter Demokratie das Mehrparteiensystem als Ausdruck und wesentliche Voraussetzung der geistigen und politischen Freiheit des Staatsbürgers. Die Österreichische Volkspartei steht daher ohne jeden Vorbehalt auf dem Boden der geltenden Bundesverfassung. Damit bekennt sie sich zur Notwendigkeit, der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Weiterbildung unserer verfassungsmäßigen Grundlagen immer von neuem gerecht zu werden. Demokratie ist für sie die einzige Methode, alle Staatsbürger und alle gesellschaftlichen Gruppen an der Rechts-

bildung zu beteiligen. Sie ist daher in sich selbst ein politischer Wert. Sie umfaßt auch den Schutz der Minderheiten. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz ist der Österreichischen Volkspartei ein ernstes Anliegen. So wie die Gewaltentrennung jede die Freiheit des Menschen gefährdende Machtballung verhindert, garantiert die rechtsstaatliche Ordnung, daß der Mensch jederzeit und gegen jedermann sein Recht zu finden vermag. Zugleich ermöglicht die Demokratie durch den in ihr vorgesehenen Machtwechsel eine Weiterbildung der Gesellschaft ohne revolutionäre Erschütterungen.

#### **Aufgabenteilung — eine Forderung der Vernunft**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Föderalismus.

Der Bund hat nur Aufgaben zu erfüllen, die im Bereich der Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, aber auch der gesellschaftlichen Interessenverbände und anderen kleinen Gemeinschaften nicht gelöst werden können. Er hat sich umgekehrt mit Tatkraft jener Aufgaben anzunehmen, die die Fähigkeiten dieser Gemeinschaften übersteigen (Subsidiaritätsprinzip). Die Österreichische Volkspartei erblickt im bundesstaatlichen Aufbau der Republik, wie er in der Verfassung vorgesehen ist, eine wertvolle Befruchtung des politischen Lebens, eine bewährte Schule für das politische Handeln, eine Voraussetzung der Stärkung des Heimatbewußtseins und die Möglichkeit einer besseren Rücksichtnahme auf die verschiedensten Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern und Gemeinden. Dieser Aufbau des Staates fördert auch eine rationelle und sparsame Verwaltung.

#### **Persönliches Eigentum — ein Vorzug unserer Gesellschaftsordnung**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Grundsatz des persönlichen Eigentums.

Wer die freie Persönlichkeit will, muß auch persönliches Eigentum wollen, das mit Rechten und Pflichten verbunden ist. Im Vorhandensein persönlichen Eigentums auch an Produktionsmitteln erblickt die Österreichische Volkspartei einen Vorzug unserer Gesellschaftsordnung. Nur dann, wenn der Einzelmensch als Eigentümer der Produktionsmittel Träger der Wirtschaft ist, wird mit dem geringsten Einsatz an Mitteln der größte wirtschaftliche Erfolg erzielt. Die Österreichische Volkspartei hält daher die auf dem Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte fußende Marktwirtschaft für die unerläßliche Voraussetzung eines hohen Produktionsniveaus, das die entscheidende Grundlage eines hohen Lebensstandards der Bevölkerung ist. Allein auf der Basis des Eigentums kommt die Eigenständigkeit der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie zur Geltung. Ihr grundsätzliches Eintreten für das Privateigentum an Produktionsmitteln hindert jedoch die Volkspartei nicht, dort auch das öffentliche Eigentum an Produktionsmitteln anzuerkennen, wo dies auf Grund besonderer Umstände erforderlich ist. Ebenso bekennt sie sich zur Notwendigkeit ordnender Maßnahmen der öffentlichen Hand, namentlich auch des Staates, der für einen reibungslosen Wirtschaftsablauf die oberste Verantwortung trägt.

#### **Partei für das ganze Volk**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Gedanken der sozialen Leistungsgemeinschaft.

Volkspartei heißt: Partei aus dem Volk und für das Volk. Durch ihren bündischen Aufbau ist die Österreichische Volkspartei ein getreues Abbild der Gesamtgesellschaft. Sie umfaßt Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Konsumenten und Produzenten. Dadurch ist sie dazu verhalten, bereits in den eigenen Reihen für den Ausgleich der Gruppen-

interessen im Sinne des Wohles aller zu wirken. Sie tritt daher auch im Staat für das friedliche Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen ein. Denn nur das harmonische Zusammenspiel aller kann die vollen Kräfte der Gesellschaft freisetzen und eine ständige Steigerung des Wohlstandes herbeiführen. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich in diesem Sinne zum Solidarismus und zur evolutionären Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, lehnt jedoch revolutionäre Veränderungen ab, die nur in Willkür und Chaos münden.

#### **Gerechte Verteilung der Güter**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur christlichen Soziallehre.

Die Gesellschaft bildet für die Österreichische Volkspartei ein Gefüge von Leistungsgruppen, das nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit geordnet werden kann. Darin ist auch das Recht dieser Gruppen eingeschlossen, sich zu organisieren und ihnen zum Nutzen gereichende Einrichtungen zu schaffen, um im Wege der Selbst- und Mitbestimmung das eigene Schicksal zu gestalten. Hingegen ist es die Aufgabe des Staates, die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Leistungsgruppen im Sinne des Gemeinwohles zu zügeln. Allein im Rahmen einer solchen Ordnung können auch die Arbeitnehmer ihr Mitbestimmungsrecht ausüben. Auf Grund ihrer Funktion in der sozialen Leistungsgemeinschaft und kraft eines gesicherten Einflusses auf die Verteilung des Sozialprodukts sollen die Arbeiter und Angestellten am fortschreitenden Wirtschaftswachstum teilhaben. Dabei sind nicht nur die überkommenen Methoden der Lohn- und Gehaltsbildung sowie der sozialen Sicherheit weiterhin anzuwenden, sondern auch Formen der Eigentumsbildung zu entwickeln, die eine breite Streuung des Volksvermögens sichern. Nur so kann der Kerngedanke christlicher Gesell-

schaftspolitik, die Unabhängigkeit möglichst vieler, verwirklicht werden. Allein die Idee der sozialen Partnerschaft kann ein klassenkämpferisches Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit endgültig beseitigen.

### **Wohlstand für alle**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur sozialen Verantwortung.

Sie bezieht namentlich jene Gruppen der Gesellschaft in ihre Obsorge ein, die am Produktionsprozeß noch nicht oder nicht mehr teilhaben können. Getreu ihrer solidarischen Verbundenheit mit allen Schichten der Bevölkerung, tritt die Österreichische Volkspartei dafür ein, daß auch jene Schichten, denen keine Druckmittel gegenüber dem Staat zur Verfügung stehen, am jeweiligen Wirtschaftserfolg mitbeteiligt werden. Sie erachtet es ferner als eine ihrer wichtigsten Pflichten, für die Erhaltung des Geldwertes und damit für die Wertbeständigkeit der Ersparnisse einer wachsenden Zahl von Mitbürgern einzutreten, deren durch Arbeit und Verzicht erworbene Vermögenswerte nicht durch inflationistische Entwicklungen geschmälert werden dürfen. Angesichts der heute im zunehmenden Maße vor sich gehenden Vermögensbildung auch in den Händen breiter Schichten ist für die Österreichische Volkspartei die Erhaltung der Kaufkraft der Währung eine soziale Verpflichtung ersten Ranges.

### **Gesunde Familien – gesundes Volk**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Familie.

Die Familie ist für sie als Keimzelle der Gesellschaft und als ursprüngliche Erziehungsstätte der nächsten Generation unantastbar und unersetzlich. Die Familie formt den Staat von morgen. Nur wenn die Familien seelisch

und materiell intakt sind, wird es auch die Gemeinschaft des ganzen Volkes sein. Deshalb ist die Österreichische Volkspartei für den rechtlichen Schutz von Ehe und Familie, der auch in der Verfassung verankert werden soll. Die Österreichische Volkspartei kämpft für den familiengerechten Wohnbau und tritt für die Unterstützung junger Ehepaare bei der Hausstandsgründung ein. Sie befürwortet einen weiteren Ausbau des Familienlastenausgleichs, durch den vielen Kindern die Mutter zurückgegeben würde. Die Familienpolitik der Österreichischen Volkspartei schließt die Sorge für die berufstätigen Frauen und Mütter ein, die am Gedeihen der Volkswirtschaft wesentlich beteiligt sind.

### **Gleiche Bildungsmöglichkeiten im Kulturstaat Österreich**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Idee der Bildungsgesellschaft.

Mehr und höhere Bildung ist in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die unerläßliche Voraussetzung für die Bewältigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben. Der Zugang zur Bildung muß allen Menschen offenstehen, damit sich unsere Gesellschaft zu einer echten Bildungsgesellschaft mit gleichen Startbedingungen und individuellen Erfolgchancen entwickeln kann. In einer sich immer rascher wandelnden Welt bedarf der Mensch auch einer ständigen Weiterbildung. Die Österreichische Volkspartei tritt daher für den Ausbau und die Förderung der Erwachsenenbildung ein. Da Bildung nicht nur ein Mittel der Berufsvorbereitung, sondern auch der Lebenserfüllung ist, hat sie in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Freizeit mehr denn je die Aufgabe, einer sinnvollen Nutzung der Freizeit zu dienen. Die Österreichische Volkspartei betrachtet daher eine aktive Kulturpolitik als eine ihrer vornehmsten Aufgaben. Die Schöpfung der kulturellen Werte selbst steht für sie

unter dem Gesetz der Freiheit. Geisteskultur, Leibes-  
erziehung und Sport sollen von öffentlicher und privater  
Seite durch zweckentsprechende Einrichtungen und aus-  
reichende Mittel gefördert werden.

### **Freiheit in Verantwortung**

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Freiheit  
der Persönlichkeit.

Der einzelne ist Mensch mit Leib und Seele Angehöriger  
seiner Familie, seines Volkes, seiner Religion, seines  
Berufsstandes sowie verschiedener kleiner menschlicher  
Gemeinschaften und diesen verpflichtet. Jede willkürliche  
Herauslösung des Menschen aus diesen Bindungen unter-  
gräbt die freie Persönlichkeit. Die Menschenrechte, ins-  
besondere die Freiheit des Gewissens und der Religions-  
ausübung, das Recht auf das eigene Leben, auf Un-  
verletzlichkeit der Person, zu Familie und Ehe, zur Er-  
ziehung der eigenen Kinder, zum Unterhaltserwerb, auf  
freies Eigentum, auf freie Berufswahl, auf Persönlichkeits-  
entfaltung sowie das Recht der freien Vereinigung und  
Mitbestimmung der Ordnung und Verwaltung des Gemein-  
wesens – alle diese Rechte werden um so kräftiger und  
wirkungsvoller ausgeübt werden, je stärker die Öster-  
reichische Volkspartei imstande ist, der Vorstellung vom  
alleskönnenden und allestuernden Staat entgegenzutreten.  
Das Maß an Freiheit, das wir morgen besitzen werden,  
hängt von dem Maß an Verantwortung ab, das wir heute  
zu tragen bereit sind.

### **Die Partei der neuen Mitte**

Von diesen Grundsätzen geleitet, überwindet die Öster-  
reichische Volkspartei Extreme und Fehlhaltungen, die  
im staatlichen und gesellschaftlichen Geschehen Öster-

reichs vorherrschend waren. Sie steht in einer neuen  
Mitte, in der sich weltanschauliche, politische, soziale  
und wirtschaftliche Kräfte treffen. Die Österreichische  
Volkspartei ist österreichisch, solidaristisch, christlich und  
demokratisch in jenem weltoffenen Sinn, der zum Gemein-  
samen verbindet, anstatt in Gegnerschaften zu ent-  
zweien.

Im Schnittbereich der zweigeteilten Welt ist Österreich  
dazu bestimmt, von seinem Standpunkt aus sich mit jenen  
zu verbinden, die Menschen in Europa und in der Welt  
zu neuen Begegnungen zusammenführen wollen, damit  
Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Frieden gesichert  
werden.

## Pro und Kontra

Das Klagenfurter Manifest enthält eine Zusammenfassung der politischen Fundamentalgrundsätze der Österreichischen Volkspartei. In ihm wird ausgesagt, wofür die Österreichische Volkspartei eintritt, nicht aber, wogegen sie auftritt, wenn sich die politischen Auffassungen, gegen die sie sich wendet, aus dem Manifest auch eindeutig ablesen lassen. Trotzdem trägt es zur Klarheit bei, wenn nachstehend jene politischen Positionen aufgezeigt werden, denen die Österreichische Volkspartei den Kampf ansagt:

### ● Gegen den Internationalismus

Die ÖVP ist eine österreichische Partei; die SPÖ ist eine internationalistische Partei. Für die ÖVP gilt daher die Rangordnung: Österreich – Europa – Welt. Sie sieht, mit anderen Worten, die Welt von der österreichischen Position aus.

**Die SPÖ sieht Österreich umgekehrt von einer internationalistischen Position aus: als Glied einer womöglich sozialistischen Weltordnung, die für sie das Erste und Wichtigste ist, wogegen Österreich nur insofern**

**von Belang erscheint, als es einen Beitrag zum Aufbau dieser sozialistischen Weltordnung leistet.**

Ganz abgesehen davon, daß für die ÖVP Österreich nicht erst mit dem Jahre 1918, sondern schon tausend Jahre früher beginnt.

### ● Gegen die sozialistische „Demokratie“

Für die ÖVP ist die Demokratie ein Selbstzweck; für die SPÖ ist die Demokratie ein Mittel zum Zweck gemäß dem Satz „Demokratie der Weg – Sozialismus das Ziel“. Durch die Auffassung der Demokratie als Regierungsform der Freiheit erblickt die ÖVP in der Demokratie jenes politische System, das allen Kräften der Gesellschaft die freie Entfaltung sichert und daher schon in sich garantiert, daß alle Kräfte der Gesellschaft auch zu ihrem Recht kommen können, wenn sie von den Möglichkeiten der Demokratie den entsprechenden Gebrauch machen.

**Die SPÖ will hingegen die gegenwärtige Demokratie zur „sozialistischen Demokratie“ umgestalten, in der sie erst die „vollendete“ Demokratie erblickt. Diese Demokratie bedeutet aber in Wahrheit nicht die Vollendung, sondern die Aufhebung der Demokratie, weil in ihr die Ausübung der demokratischen Rechte an ein gesellschaftliches Wohlverhaltenszeugnis geknüpft ist. In ihr wird zwischen „demokratischen“ und „undemokratischen“ Kräften unterschieden.**

### ● Gegen den Zentralismus

Die ÖVP ist eine föderalistische; die SPÖ eine zentralistische Partei.

**Wo die SPÖ sich angeblich zum Föderalismus bekennt, handelt es sich entweder um Opportunismus, wie sich**

**das besonders im Falle der Bundespräsidentenwahlen gezeigt hat, oder um einen Scheinföderalismus, weil ein nach sozialistischen Prinzipien organisierter Staat mit seinen zentralen Befehlsstellen für das Eigenleben von Ländern und Gemeinden, aus dem gerade die Wirtschaft nicht ausgeklammert werden kann, keinen Raum läßt.**

Sozialistische Planwirtschaft und Föderalismus sind unvereinbar. Darum ist die SPÖ trotz gegenteiligen Behauptungen eine zentralistische Partei.

#### ● Gegen das Gemeineigentum

Die ÖVP tritt für das Privateigentum ein; die SPÖ tritt für das Gemeineigentum an Produktionsmitteln ein. Die ÖVP ist daher für eine Wirtschaftsordnung, in welcher der Privatbesitz an Produktionsmitteln die Regel, der Staatsbesitz an Produktionsmitteln die Ausnahme darstellt, wogegen die SPÖ für eine Wirtschaftsordnung eintritt, in welcher der Staatsbesitz an Produktionsmitteln die Regel und der Privatbesitz die Ausnahme bilden.

**Das Bekenntnis der SPÖ zum Privatbesitz an Konsumgütern oder zum sogenannten „Arbeitseigentum“ hat keinerlei Bedeutung, weil mit der Ausdehnung des „Gemeineigentums“ auf alle Grundstoffindustrien sowie auf Groß- und Mittelindustrien die entscheidenden Wirtschaftsmittel in der Hand des Staates konzentriert werden, der auf Grund dieser Machtstellung auch den noch privat betriebenen Wirtschaftszweigen diktieren kann.**

#### ● Gegen die gelenkte Gesellschaft

Die ÖVP ist für die Selbstverwaltung der verschiedenen Wirtschaftsgruppen und sozialen Schichten; die SPÖ ist

für eine von oben gelenkte Gesellschaft. Die von der SPÖ angestrebte Planwirtschaft bedingt automatisch die Aufhebung der Selbstverwaltung von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, aber auch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in Form von freien Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Kammern ihr Mitspracherecht in Wirtschaft und Sozialpolitik ausüben können. Dieses Mitspracherecht ist vor allem im Falle der Arbeitnehmer der entscheidende Hebel des sozialen Aufstiegs.

**Die Planwirtschaft ordnet daher nicht nur die Arbeitgeber, soweit es in ihr noch solche gibt, sondern auch die Arbeitnehmer, die in jedem Fall Arbeitnehmer bleiben, dem staatlichen Kommando unter und bringt die Arbeitnehmer vor allem um ihre Funktion als Konsumenten, die im Rahmen der Marktwirtschaft auch für ihre soziale Position von entscheidender Bedeutung ist.**

#### ● Gegen die manipulierte Wirtschaft

Die ÖVP tritt mit der Marktwirtschaft für die Respektierung wirtschaftlicher Grundgesetze ein; die SPÖ setzt sich mit ihrem Versuch, die Wirtschaft im Sinne sozialistischer Prinzipien zu manipulieren, über diese Grundgesetze hinweg. Die Erhaltung des Geldwertes, die heute für Millionen Österreicher eine wesentliche Rolle spielt, ist jedoch mit der Respektierung gewisser wirtschaftlicher Gesetze untrennbar verbunden. In diesem Zusammenhang spielt vor allem die Budgetpolitik eine ausschlaggebende Rolle.

**Es ist daher kein Zufall, daß in allen von Sozialisten regierten Ländern die Inflation marschiert und das Sparvermögen der Bürger einer latenten Abwertung aussetzt. Die Stabilität der Währung kann nur**

im Rahmen einer nach den Grundsätzen des Marktes funktionierenden Wirtschaft gesichert werden, wogegen alle sozialistischen Manipulationen mit der Wirtschaft die Währungsstabilität aufs äußerste bedrohen.

● **Gegen die Entleerung der Familie**

Die ÖVP ist für die Wiederherstellung der Funktion der Familie in der Gesellschaft; die Politik der SPÖ läuft auf eine immer weiter fortschreitende Entleerung der gesellschaftlichen Funktion der Familie hinaus. Verschiedene Umstände haben die Familie einer Krise ausgesetzt, aber diese Tatsache kann nur bedeuten, daß sich die Familie neuen Umweltbedingungen anpassen muß, nicht aber, daß sie durch diese Umstände zum Tode verurteilt ist.

**Während daher die ÖVP für die Schaffung von Einrichtungen eintritt, die es der Familie ermöglichen sollen, ihre alte und unersetzliche Bedeutung für eine gesunde Gesellschaft zurückzugewinnen, steuert die SPÖ eine zunehmende Entthronung der Familie durch pseudo-familiäre Einrichtungen des Staates an.**

● **Gegen die Lenkung der Kultur**

Die ÖVP tritt für die unbedingte Freiheit der Kultur ein; der SPÖ schwebt als Ideal eine sozialistische Kultur vor, die nur eine gelenkte Kultur sein kann. Der Fortschritt zur Bildungsgesellschaft, für den auch die SPÖ eintritt, birgt die eminente Gefahr in sich, daß mit der zunehmenden Einschaltung des Staates in die Schaffung von Bildungseinrichtungen auch der Einfluß des Staates auf Vermittlung und Formung des Wissens wächst.

**Diese Gefahr ist vor allem dann gegeben, wenn sich der Staat nicht bewußt und grundsätzlich jeder Einfluß-**

**nahme auf das kulturelle Schaffen enthält. Das dem Sozialismus eingeborene Prinzip der Lenkung wirkt sich daher auch auf dem Gebiet der Kultur aus, wo mit ihm die größten Gefahren verbunden sind, weil der Staat hier in die geistige Sphäre des Menschen eingreift.**

● **Gegen die Entwürdigung des Menschen**

Die ÖVP ist für die freie Entfaltung des Menschen zur Persönlichkeit; die SPÖ knüpft diese Entfaltung, für die sie der Theorie nach ebenfalls eintritt, an Bedingungen, die sie praktisch unmöglich machen. Nur in der Nacheinanderordnung von Mensch, Familie, Gemeinde, Land, Staat, Kontinent, Welt, bei welcher der Mensch in jeder dieser Gemeinschaften als Person zur Geltung kommt, nicht aber in der Unterordnung des Menschen unter Welt, Kontinent, Staat, Land und Gemeinde, bei der er auf jeder dieser Stufen einen Teil seiner Persönlichkeit einbüßt, kann von einer freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit die Rede sein.

**Hingegen muß es überall dort zu einer Entwürdigung des Menschen kommen, wo der Mensch nur als Befehlsempfänger ihm übergeordneter Organe fungiert. Sozialismus aber ist nichts anderes als ein System der Unterordnung des Menschen unter den Staat.**

Das sind die Pro- und Kontrapositionen des Klagenfurter Manifests. Seine eigentliche Bedeutung für den politischen Kampf, den die Österreichische Volkspartei heute zu führen hat, besteht darin, daß es das Nebelgebilde der „Entideologisierung der SPÖ“ zerreißt und eine Reihe von politischen Leitbildern aufstellt, an denen man sich im Gestrüpp der politischen Tarnung, deren sich der Sozialismus heute gerade in Österreich bedient, orientieren kann.